

Amtsblatt

Jahrgang 2024

Nr. 16
Leer, den 30.08.2024

A	BEKANNTMACHUNGEN DES LANDKREISES LEER	135
	Amt I/20	135
	Jahresabschluss 2019 des Landkreises Leer	135
	Haushaltssatzung des Landkreises Leer für das Haushaltsjahr 2024	135
B	BEKANNTMACHUNGEN DER STÄDTE, GEMEINDEN, SAMTGEMEINDEN UND VERBÄNDE	136
	Stadt Borkum	136
	Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder des Rates und der Ausschüsse (Entschädigungssatzung) und über Aufwandsentschädigung der Stadt Borkum	136
	Stadt Leer (Ostfriesland)	137
	Bekanntmachung; Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 19 „Stadthaus Edele“ für ein Gebiet nördlich der Ubbo-Emmius-Straße und östlich der Hajo-Unken-Straße mit örtlichen Bauvorschriften	137
	Bekanntmachung; Widmung eines Straßenabschnittes der „Ahornstraße“ gem. § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) mit Wirkung vom 01.11.2024	138
	Stadt Weener (Ems)	138
	Bauleitplanung; 96. Änderung des Flächennutzungsplanes (12. Änderung der Neufassung von 2011)	138
	Bauleitplanung; Bebauungsplan Nr. 154 S „Feuerwehr Stapelmoor“	139
	Gemeinde Rhaderfehn	139
	Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung – EBS)	139
	Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Nds. Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung)	140

Gemeinde Westoverledingen	140
Bekanntmachung; 1. Änderung des Bebauungsplanes lh8 „zwischen Folmhuser, Friesenstraße und Teutonenstraße“ in der Ortschaft Ihrhove im beschleunigten Verfahren gem. §13a BauGB	140
Bekanntmachung; Bebauungsplan V30 „Kindergarten Völlenerkönigsfehn an der Papenburger Straße“ in der Ortschaft Völlen, Ortsteil Völlenerkönigsfehn bei gleichzeitiger Teilaufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Schützenplatz Völlenerkönigsfehn“	141
Bekanntmachung; 5. Änderung des Bebauungsplanes lh9 „Ortsmitte“ in der Ortschaft Ihrhove im beschleunigten Verfahren gem. §13a BauGB	142
21. Berichtigung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich der 5. Änderung des Bebauungsplanes lh9 „Ortsmitte“ in der Ortschaft Ihrhove	142
Samtgemeinde Jümme	143
Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2018 und der Entlastung	143
C SONSTIGES	143
LeeWerk-WISA GmbH	143
Bestätigungsvermerk der Kommuna Treuhand GmbH -Wirtschaftsprüfungsgesellschaft- zum Jahresabschluss der LeeWerk-WISA gemeinnützige GmbH	143

A Bekanntmachungen des Landkreises Leer

Amt I/20

Jahresabschluss 2019 des Landkreises Leer

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 08.03.2023 den Jahresabschluss 2019 beschlossen. Dem Landrat wurde die Entlastung gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) erteilt.

Gemäß § 129 Abs. 2 i.V.m. § 156 Abs. 4 NKomVG liegen der Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2019 und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes mit der Stellungnahme des Landrates vom 02.09.2024 bis zum 10.09.2024 während der Sprechzeiten (montags bis freitags von 8:30 Uhr bis 12:30 Uhr) zur Einsichtnahme im Gebäude der Kreisverwaltung Leer, Friesenstraße 34/36, Zimmer 3, öffentlich aus.

Leer, den 27.08.2024

Landkreis Leer
Der Landrat
Matthias Groote

Haushaltssatzung des Landkreises Leer für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund der §§ 58 und 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Kreistag des Landkreises Leer in seiner Sitzung am 07.03.2024 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2024 wird

1. im Ergebnishaushalt
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	465.361.200 €
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	489.907.800 €
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €

2. im Finanzhaushalt
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	456.944.100 €
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	470.491.700 €
2.3 der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.277.300 €
2.4 der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	25.550.700 €

2.5 der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	25.022.600 €
2.6 der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	5.839.200 €

festgesetzt.

§ 2 Kredite

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **23.273.400 €** festgesetzt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf **28.687.800 €** festgesetzt.

§ 4 Liquiditätskredite

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **25.000.000 €** festgesetzt.

§ 5 Kreismulage

Als Kreismulage für das Haushaltsjahr 2024 werden erhoben:

52 v. H. von den Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A und B, der Gewerbesteuer, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie der Spielbankabgabe und von 90 % der Schlüsselzuweisungen des Landes an die kreisangehörigen Kommunen.

§ 5a Gesonderte Kreismulage

Von Kommunen, mit denen zum Zeitpunkt der Kreismulagefestsetzung keine Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Jugendhilfe besteht, wird gemäß § 15 Abs. 4 Niedersächsisches Finanzausgleichsgesetz eine gesonderte Kreismulage erhoben.

Für die Stadt Leer wird die Kreismulage daher für das Haushaltsjahr 2024 auf **66,96 v. H.** der Steuerkraftzahlen der Grundsteuer A und B, der Gewerbesteuer, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie der Spielbankabgabe und von 90 % der Schlüsselzuweisungen des Landes festgesetzt.

§ 6 Wertgrenzen

- a) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen werden als unerheblich angesehen, wenn sie einen Betrag von 130.000 € nicht überschreiten.
- b) Die Wertgrenze für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Sinne von § 4 Abs. 6 Satz 1 KomHKVO beträgt 50.000 €.
- c) Die Wertgrenze für Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne von § 12 Abs. 1 Satz 1 KomHKVO wird auf 500.000 € festgelegt.

Leer, den 22.05.2024

Landkreis Leer
Der Landrat
Matthias Groote

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Genehmigung durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport

Die gemäß §§ 119 Abs. 4 und 120 Abs. 2 NKomVG sowie gemäß § 15 NFAG erforderliche Genehmigung der Haushaltssatzung wurde mit Verfügung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 22.08.2024 unter dem Aktenzeichen 32.15-10302/457 (2024) erteilt.

Öffentliche Auslegung

Der Haushaltsplan liegt nach § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG vom 02.09.2024 bis 10.09.2024, während der Sprechzeiten (montags bis freitags von 8:30-12:30 Uhr) zur Einsichtnahme im Gebäude der Kreisverwaltung Leer, Friesenstraße 34/36, 26789 Leer, Zimmer 3, öffentlich aus.

Die Möglichkeit zur Einsichtnahme bezieht sich auch auf den Bericht gemäß § 151 NKomVG über Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts (Beteiligungsbericht).

Leer, den 27.08.2024

Landkreis Leer
Der Landrat
Matthias Groote

B Bekanntmachungen der Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Verbände

Stadt Borkum

Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder des Rates und der Ausschüsse (Entschädigungssatzung) und über Aufwandsentschädigung der Stadt Borkum

In der Fassung vom 23.11.2023

Aufgrund der §§ 10, 44, 54, 55, 58, 71 und 73 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.03.2022 (Nds. GVBl. S. 191) hat der Rat der Stadt Borkum in seiner Sitzung am 22.08.2024 folgende Satzung zur Regelung von Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz und Verdienstausschluss beschlossen:

Artikel I

§ 2 erhält folgende Fassung:

§ 2 Aufwandsentschädigung

- 1) Ratsfrauen und Ratsherren erhalten für die Wahrnehmung ihres Mandats eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50,00 €
- 2) Der/Die stellvertretende Bürgermeister/in sowie die Fraktions-/Gruppenvorsitzenden und der/die Ratsvorsitzende sowie Aufsichtsratsvorsitzende/r erhalten eine eigenständige monatliche Aufwandsentschädigung.
 - a) für die Stellvertretung des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin (je bestelltem Vertreter) 100,00 €
 - b) für Fraktionsvorsitzende/Gruppenvorsitzende im Rat 100,00 €
 - c) für den/die Ratsvorsitzende 100,00 €
 - d) für den/die Aufsichtsratsvorsitzende/n 100,00 €
- 3) Die monatliche Aufwandsentschädigung wird jeweils für einen vollen Monat gezahlt.

Dies gilt auch dann, wenn die Tätigkeit als Ratsmitglied nur für einen Teil des Monats wahrgenommen wurde.
- 4) Die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder (§ 71 Abs. 7 NKomVG) erhalten als Aufwandsentschädigung ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,00 €.
- 5) Entschädigungen für mehrere der vorstehend aufgeführten Funktionen in Abs. 2 innerhalb derselben Vertretung sind aufeinander anzurechnen.

Artikel II

§ 3 erhält folgende Fassung:

§ 3 Sitzungsgeld

- 1) Neben der Aufwandsentschädigung als monatlichen Pauschalbetrag wird ein Sitzungsgeld gezahlt.
- 2) Als Sitzungsgeld für die Teilnahme an Sitzungen des Rates, des Verwaltungsausschusses, der sonstigen Ausschüsse des Rates der Stadt Borkum sowie für Fraktionssitzungen und Gruppensitzungen werden für jede Sitzung 30,00 € gezahlt.

Bei mehreren Sitzungen an einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gewährt werden.

§ 8

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Borkum, den 22.08.2024

Stadt Borkum
Gez. Jürgen Akkermann LS
Bürgermeister

Stadt Leer (Ostfriesland)

Bekanntmachung; Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 19 „Stadthaus Edele“ für ein Gebiet nördlich der Ubbo-Emmius-Straße und östlich der Hajo-Unken-Straße mit örtlichen Bauvorschriften

Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)

Bekanntmachung gemäß § 10 BauGB: Inkrafttreten

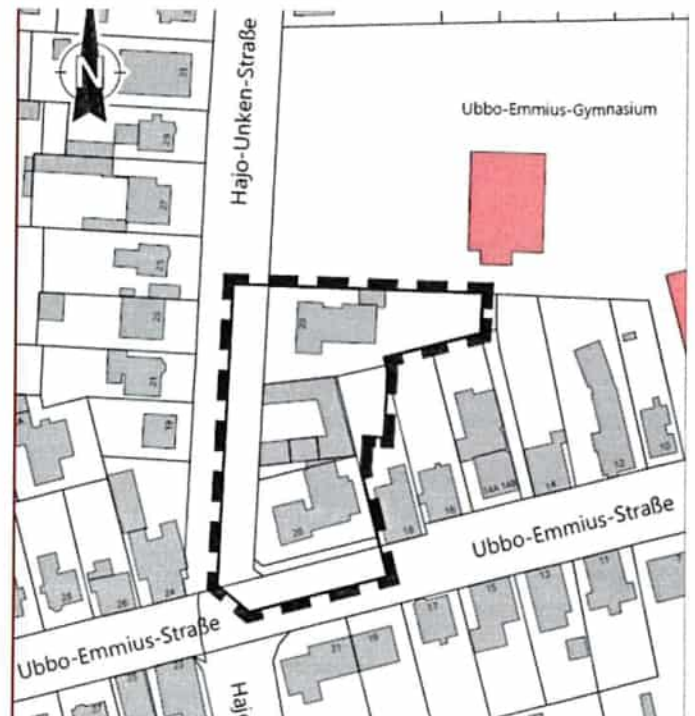
Der Rat der Stadt Leer hat am 14.03.2024 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 19 „Stadthaus Edele“ für ein Gebiet nördlich der Ubbo-Emmius-Straße und östlich der Hajo-Unken-Straße nebst örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 19 hiermit bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Mit dem Bebauungsplan werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine innerstädtische Nachverdichtung geschaffen. Der Bebauungsplan wurde im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) aufgestellt.

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 19 „Stadthaus Edele“ für ein Gebiet nördlich der Ubbo-Emmius-

Straße und östlich der Hajo-Unken-Straße liegt mit Begründung, Vorhaben- und Erschließungsplan und Gutachten vom Tage der Veröffentlichung im Fachdienst 2.61 – Stadtplanung – der Stadt Leer, Rathausstraße 1 (Neubau), während der Dienststunden zur Einsicht aus. Jedermann kann über die Inhalte der Bauleitpläne Auskunft verlangen.



Der Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 19 „Stadthaus Edele“ für ein Gebiet nördlich der Ubbo-Emmius-Straße und östlich der Hajo-Unken-Straße ist im vorstehenden Planausschnitt dargestellt.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 des BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis der Bauleitpläne sowie nach § 214 Abs. 3 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Leer unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch Festsetzungen eines Bebauungsplanes oder seine Durchführung eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 19 in Kraft.

Leer, den 20.08.2024

Stadt Leer (Ostfriesland)
Der Bürgermeister
Claus-Peter Horst

Bekanntmachung; Widmung eines Straßenabschnittes der „Ahornstraße“ gem. § 6 Abs. 1 Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) mit Wirkung vom 01.11.2024

Der nachstehende in der Stadt Leer, Landkreis Leer, gelegene Straßenabschnitt der „Ahornstraße“ (Flurstück 309/1 der Flur 5 der Gemarkung Bingum, im Lageplan grün markiert) wird gem. § 6 Abs. 1 des NStrG mit Wirkung vom 01.11.2024 zur Gemeindestraße mit Beschränkung der Benutzungsart auf den Fußgängerverkehr gewidmet.

Straßenname	Gemarkung, Flur, Flurstück	Lage	Länge
Ahornstraße (Teilstück)	Bingum, 5, 309/1	(Anfangspunkt: Ahornstraße (Gemarkung Bingum, Flur 5, Flurstück 311)) (Endpunkt: Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche hinter dem Friedhof (Gemarkung Bingum, Flur 4, Flurstück 102/8))	ca. 23 m

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg, Schloßplatz 10, 26122 Oldenburg, erhoben werden. Die Klage wäre gegen die Stadt Leer zu richten.

Leer, den 30.08.2024

Stadt Leer (Ostfriesland)
Der Bürgermeister
Claus-Peter Horst

- Anlage auf Seite 146 -

Stadt Weener (Ems)

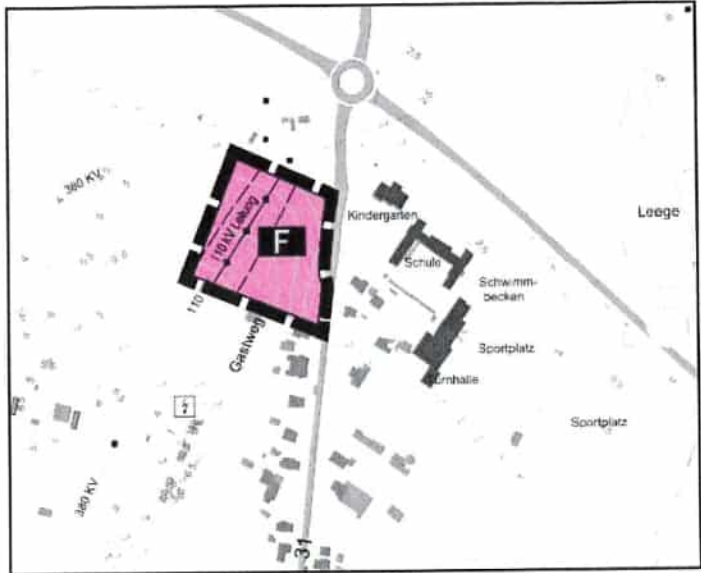
Bauleitplanung; 96. Änderung des Flächennutzungsplanes (12. Änderung der Neufassung von 2011)

Der Landkreis Leer hat gemäß § 6 des Baugesetzbuches (BauGB) mit Verfügung vom 12.08.2024 (Az III/61.11-3154/23arg) die vom Rat der Stadt Weener (Ems) am 20.06.2024 beschlossene 96. Änderung des Flächennutzungsplanes (12. Änderung der Neufassung von 2011) genehmigt.

Die Erteilung der Genehmigung wird hiermit gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser

Bekanntmachung wird die 96. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 6 Abs. 5 BauGB rechtswirksam.

Gegenstand der 96. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die Darstellung einer Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbindung „Feuerwehr“ für einen Bereich westlich der Hauptstraße in der Ortschaft Stapelmoor. Der Geltungsbereich ist aus dem nachfolgenden Kartenausschnitt ersichtlich:



Die 96. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Begründung, Umweltbericht und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 BauGB liegt vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Bauamt der Stadt Weener (Ems), Marktstraße 3, 26826 Weener, Zimmer 2 öffentlich aus und kann während der Dienststunden oder außerhalb dieser Zeit nach Vereinbarung von jedermann eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine Verletzung der Vorschriften unter der Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB über das Verhältnis des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes sowie
3. ein Mangel des Abwägungsvorganges nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB

gemäß § 215 Abs. 1 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Weener (Ems) geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch den Bebauungsplan und über das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Weener, den 20.08.2024

Stadt Weener (Ems)
Der Bürgermeister
Heiko Abbas

Bauleitplanung; Bebauungsplan Nr. 154 S „Feuerwehr Stapelmoor“

Der Rat der Stadt Weener (Ems) hat in seiner Sitzung am 20.06.2024 den Bebauungsplan Nr. 154 S „Feuerwehr Stapelmoor“ als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan setzt eine Fläche für Gemeinbedarf mit der Zweckbindung „Feuerwehr“ fest.

Der räumliche Geltungsbereich ist dem nachstehenden Kartenausschnitt zu entnehmen:



Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 154 S „Feuerwehr Stapelmoor“ gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Die Satzung mit Begründung liegt vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes an im Bauamt der Stadt Weener (Ems), Marktstraße 3, 26826 Weener, Zimmer 2 öffentlich aus und kann während der Dienststunden oder außerhalb dieser Zeit nach Vereinbarung von jedermann eingesehen und über deren Inhalt Auskunft verlangt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine Verletzung der Vorschriften unter der Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB über das Verhältnis des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes sowie
3. ein Mangel des Abwägungsvorganges nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB

gemäß § 215 Abs. 1 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Weener (Ems) geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches (BauGB) über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch den Bebauungsplan und über das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Weener, den 20.08.2024

Stadt Weener (Ems)
Der Bürgermeister
Heiko Abbas

Gemeinde Rhaderfehn

Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen (Erschließungsbeitragssatzung – EBS)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 588), in Verbindung mit §§ 132 und 133 Abs. 3 Satz 5 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04. Januar 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 6) geändert worden ist, hat der Rat der Gemeinde Rhaderfehn in seiner Sitzung am 29. Juni 2023 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Erschließungsbeitragssatzung vom 20. Januar 2021 wird wie folgt geändert:

In § 6 Abs. 2 Nr. 3 wird das Abstandsmaß „50 m“ durch das Maß „45 m“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rhauderfehn, den 13.08.2024

Gemeinde Rhauderfehn
Der Bürgermeister
Müller

Satzung zur 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Nds. Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen (Straßenausbaubeitragssatzung)

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 588), und der §§ 2 und 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 589), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22. September 2022 (Nds. GVBl. S. 589), hat der Rat der Gemeinde Rhauderfehn in seiner Sitzung am 29. Juni 2023 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel 1

Die Straßenausbaubeitragssatzung vom 20. Juli 2015 wird wie folgt geändert:

In § 5 Abs. 3 Nr. 5 Buchstabe b) wird das Abstandsmaß „50 m“ durch das Maß „45 m“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Satzung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rhauderfehn, den 13.08.2024

Gemeinde Rhauderfehn
Der Bürgermeister
Müller

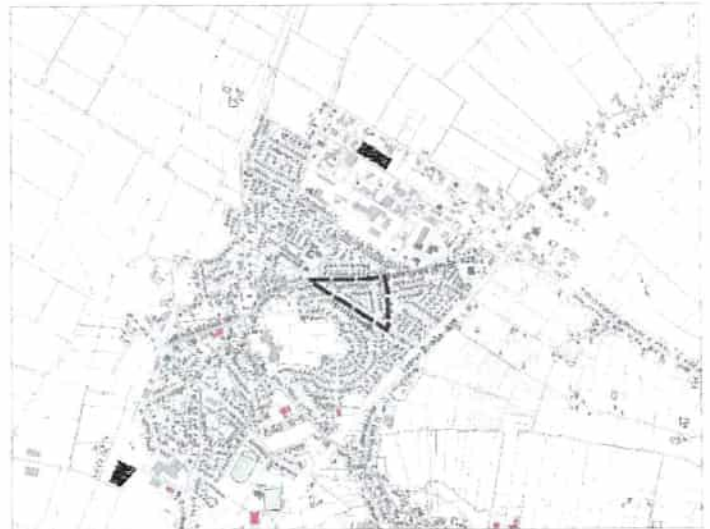
Gemeinde Westoverledingen

Bekanntmachung: 1. Änderung des Bebauungsplanes Ih8 „zwischen Folmhuser, Friesenstraße und Teutonenstraße“ in der Ortschaft Ihrhove im beschleunigten Verfahren gem. §13a BauGB

hier: Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 Abs. 3 BauGB

Der Rat der Gemeinde Westoverledingen hat die 1. Änderung des Bebauungsplanes Ih8 in der Ortschaft Ihrhove am 20.06.2024 gem. §10 BauGB als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet ist in dem folgenden Kartenausschnitt kenntlich gemacht:



Mit dieser Bekanntmachung tritt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Ih8 gem. §10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Die Planunterlagen mit Begründung liegen vom Tage der Ausgabe des Amtsblattes im Rathaus der Gemeinde Westoverledingen, Bahnhofstraße 18, 26810 Westoverledingen, Zimmer A30, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über deren Inhalt Auskunft verlangen. Die Dauer der Auslegung ist zeitlich nicht befristet.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Ih8 kann zusätzlich auf der Internetseite der Gemeinde Westoverledingen unter <https://www.westoverledingen.de/bauen/bauleitplanung> eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung der in §214 Abs. 1 Satz 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine Verletzung der Vorschriften unter der Berücksichtigung des §214 Abs. 2 BauGB über das Verhältnis der Bauleitpläne sowie

3. ein Mangel des Abwägungsvorganges nach §214 Abs. 3 Satz 2 BauGB gemäß §215 Abs. 1 BauGB

dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von 1 Jahr seit der Bekanntmachung im Amtsblatt schriftlich gegenüber der Gemeinde Westoverledingen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des §44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des §44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Westoverledingen, den 14.08.2024

Gemeinde Westoverledingen
Der Bürgermeister
Theo Douwes

Bekanntmachung; Bebauungsplan V30 „Kindergarten Völlenerkönigsfehn an der Papenburger Straße“ in der Ortschaft Völlen, Ortsteil Völlenerkönigsfehn bei gleichzeitiger Teilaufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3 „Schützenplatz Völlenerkönigsfehn“

hier: Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses
gem. § 10 Abs. 3 BauGB

Der Rat der Gemeinde Westoverledingen hat den Bebauungsplan V30, bei gleichzeitiger Teilaufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 3, am 20.06.2024 gem. §10 BauGB als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich des Plangebietes für den Bebauungsplan V30 ist im folgenden Kartenausschnitt kenntlich gemacht:



Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan V30 gem. § 10 (3) BauGB in Kraft.

Der Bauleitplan mit Begründung, Umweltbericht und der zusammenfassenden Erklärung liegt vom Tage der Bekanntmachung im Rathaus der Gemeinde Westoverledingen, Bahnhofstraße 18, 26810 Westoverledingen, Bauamt, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Der Bebauungsplanes kann zusätzlich auf der Internetseite der Gemeinde Westoverledingen unter <https://www.westoverledingen.de/bauen/bauleitplanung> eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung der in §214 Abs. 1 Satz 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine Verletzung der Vorschriften unter der Berücksichtigung des §214 Abs. 2 BauGB über das Verhältnis der Bauleitpläne sowie
3. ein Mangel des Abwägungsvorganges nach §214 Abs. 3 Satz 2 BauGB gemäß §215 Abs. 1 BauGB

dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von 1 Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Westoverledingen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des §44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des §44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Westoverledingen, den 14.08.2024

Gemeinde Westoverledingen
Der Bürgermeister
Theo Douwes

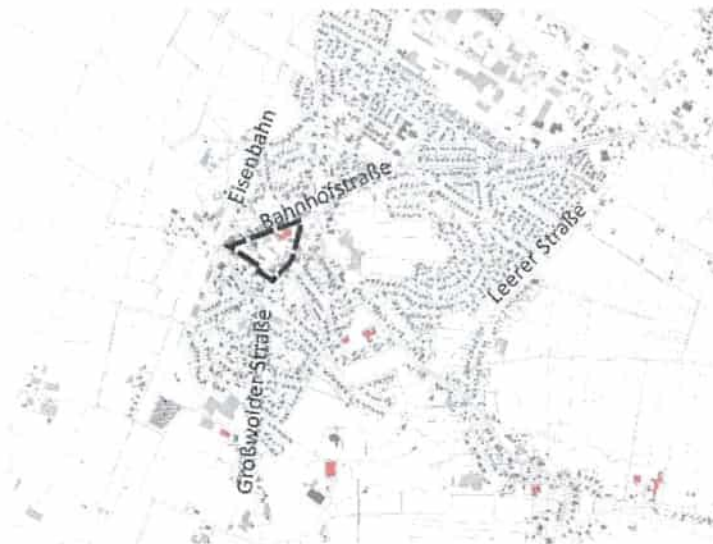
Bekanntmachung; 5. Änderung des Bebauungsplanes Ih9 „Ortsmitte“ in der Ortschaft Ihrhove im beschleunigten Verfahren gem. §13a BauGB

Betrifft die Flurstücke im umliegenden Bereich folgender Straßen: Bahnhofstraße (K23) und Großwolder Straße

hier: Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gem. § 10 Abs. 3 BauGB

Der Rat der Gemeinde Westoverledingen hat die 5. Änderung des Bebauungsplanes Ih9 in der Ortschaft Ihrhove am 20.06.2024 gem. §10 BauGB als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet ist in dem folgenden Kartenausschnitt kenntlich gemacht:



Mit dieser Bekanntmachung tritt die 5. Änderung des Bebauungsplanes Ih9 gem. §10 Abs. 3 BauGB in Kraft.

Die Planunterlagen mit Begründung liegen vom Tage der Ausgabe des Amtsblattes im Rathaus der Gemeinde Westoverledingen, Bahnhofstraße 18, 26810 Westoverledingen, Fachbereich III Bauen & Planen, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über deren Inhalt Auskunft verlangen. Die Dauer der Auslegung ist zeitlich nicht befristet.

Die 5. Änderung des Bebauungsplanes Ih9 kann zusätzlich auf der Internetseite der Gemeinde Westoverledingen unter <https://www.westoverledingen.de/bauen/bauleitplanung> eingesehen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. eine Verletzung der in §214 Abs. 1 Satz 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,

2. eine Verletzung der Vorschriften unter der Berücksichtigung des §214 Abs. 2 BauGB über das Verhältnis der Bauleitpläne sowie
3. ein Mangel des Abwägungsvorganges nach §214 Abs. 3 Satz 2 BauGB gemäß §215 Abs. 1 BauGB

dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von 1 Jahr seit der Bekanntmachung im Amtsblatt schriftlich gegenüber der Gemeinde Westoverledingen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des §44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des §44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Westoverledingen, den 19.08.2024

**Gemeinde Westoverledingen
Der Bürgermeister
Theo Douwes**

21. Berichtigung des wirksamen Flächennutzungsplans im Bereich der 5. Änderung des Bebauungsplanes Ih9 „Ortsmitte“ in der Ortschaft Ihrhove

hier: Bekanntmachung über die 21. Berichtigung des wirksamen Flächennutzungsplans der Gemeinde Westoverledingen gem. § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB

Der Rat der Gemeinde Westoverledingen hat die 5. Änderung des Bebauungsplanes Ih9 am 20.06.2024 gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans erfolgte gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren.

Mit der Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses im Amtsblatt des Landkreises Leer ist der vorgenannte Bebauungsplan in Kraft getreten.

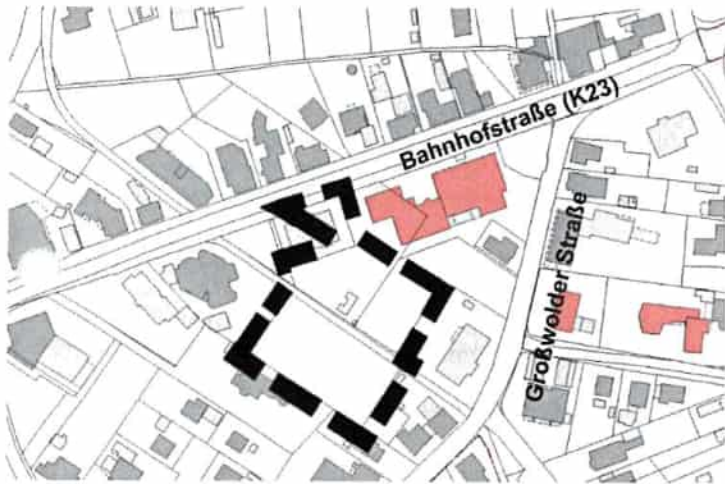
Aufgrund des Satzungsbeschlusses der o. g. Änderung des Bebauungsplans wird der Flächennutzungsplan an die Festsetzungen im Bebauungsplan angepasst und gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB berichtigt. Die Darstellungen des wirksamen Flächennutzungsplans der Gemeinde Westoverledingen werden in dem von der 21. Berichtigung überlagerten Bereich aufgehoben.

Die 21. Berichtigung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Westoverledingen wird durch die Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Leer rechtsverbindlich.

Die Berichtigung stellt einen redaktionellen Vorgang dar, auf den die Vorschriften über die Aufstellung von Bauleitplänen keine Anwendung finden. Sie erfolgt

ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden. Weiterhin beinhaltet sie keinen Umweltbericht und bedarf nicht der Genehmigung.

Der Geltungsbereich der 21. Berichtigung des Flächennutzungsplans befindet sich in der Ortschaft Ihrhove und liegt im Geltungsbereich der 5. Änderung des Bebauungsplanes Ih9. Der Geltungsbereich der 21. Berichtigung ist im folgenden Kartenausschnitt dargestellt. Die genauen Abmessungen der 21. Berichtigung des Flächennutzungsplanes sind der Planzeichnung zu entnehmen.



Die Berichtigung des Flächennutzungsplanes liegt vom Tage der Ausgabe dieses Amtsblattes im Rathaus der Gemeinde Westoverledingen, Bahnhofstraße 18, 26810 Westoverledingen, Fachbereich III Bauen & Planen, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über deren Inhalt Auskunft verlangen. Die Dauer der Auslegung ist zeitlich nicht befristet.

Der berichtigte Flächennutzungsplan kann zusätzlich auf der Internetseite der Gemeinde Westoverledingen unter <https://www.westoverledingen.de/bauen/bau-leitplanung> eingesehen werden.

Gemäß § 215 BauGB wird darauf hingewiesen, dass

1. eine nach § 214 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans und
3. nach § 214 Abs. 3 S. 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs

unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Westoverledingen unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend

gemacht worden sind. Satz 1 gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Westoverledingen, den 19.08.2024

Gemeinde Westoverledingen
Der Bürgermeister
Theo Douwes

Samtgemeinde Jümme

Bekanntmachung des Jahresabschlusses 2018 und der Entlastung

Der Rat der Samtgemeinde Jümme hat in seiner Sitzung am 10.06.2024 den Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen. Dem Samtgemeindebürgermeister wurde die Entlastung nach § 58 Abs. 1 Nr. 10 in Verbindung mit § 129 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erteilt.

Gemäß § 129 Abs. 2 in Verbindung mit § 156 Abs. 4 NKomVG liegen der Jahresabschluss mit seinen Anlagen und der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes mit der Stellungnahme des Samtgemeindebürgermeisters in der Zeit vom 02.09.2024 bis zum 10.09.2024 zur Einsichtnahme im Rathaus der Samtgemeinde Jümme, Rathausring 8-12, 26849 Filsum, Zimmer 25, öffentlich aus.

Filsum, den 16.08.2024

Samtgemeinde Jümme
Der Samtgemeindebürgermeister
Busboom

C Sonstiges

LeeWerk-WISA GmbH

Bestätigungsvermerk der Kommuna Treuhand GmbH –Wirtschaftsprüfungsgesellschaft– zum Jahresabschluss der LeeWerk-WISA gemeinnützige GmbH

Die Kommuna Treuhand GmbH –Wirtschaftsprüfungsgesellschaft– hat nach abgeschlossener Prüfung des Jahresabschlusses für das Jahr 2023 den nachfolgenden Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers erteilt:

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN WIRTSCHAFTSPRÜFERS

An die Leewerk-WISA – Gemeinnützige Gesellschaft für Qualifizierung, Beschäftigung und Integration mbH, Leer

Prüfungsurteil

Wir haben den Jahresabschluss des Leewerk-WISA – Gemeinnützige Gesellschaft für Qualifizierung, Beschäftigung und Integration mbH, Leer, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 158, 157 NKomVG i. V. m. § 29 ff. EigBetrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Rechtsvorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen

Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 158, 157 NKomVG i. V. m. § 29 ff. EigBetrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen und Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten,

irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Delmenhorst, den 12.04.2024

KOMMUNA-TREUHAND GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Bw. Lothar Jeschke
Wirtschaftsprüfer

ppa. Dipl.-Oec. Martin Goedecke
Steuerberater

Die Gesellschafterversammlung der LeeWerk-WISA GmbH hat in ihrer Sitzung am 10.07.2024 einstimmig beschlossen:

1. Der Jahresfehlbetrag 2023 in Höhe von 28.937,45 € wird vom Gewinnvortrag in Höhe von 369.719,51 € abgezogen.

Der sich daraus ergebende Überschuss in Höhe von 340.782,06 € ist als Gewinnvortrag vorzutragen.

2. Der Jahresabschluss 2023 vom 12.04.2024 wird festgestellt.
3. Der Geschäftsführung wird für das Jahr 2023 Entlastung erteilt.

Der vorstehende Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss liegt in der Zeit vom 02.09.2024 bis zum 09.09.2024 zur Einsichtnahme bei der LeeWerk-WISA GmbH, Zinnstr. 12, 26789 Leer, Raum-Nr. 6, aus.

Leer, den 15.08.2024

gez.	gez.
Udo Hennig	Daniela Saadhoff-Waalkens
Geschäftsführung	Geschäftsführung
LeeWerk-WISA GmbH	LeeWerk-WISA GmbH

Herausgeber: Landkreis Leer, Der Landrat, Bergmannstraße 37, 26789 Leer, Tel.: 0491 926 0.

Das Amtsblatt erscheint jeweils am 15. und am letzten Arbeitstag des Monats (an arbeitsfreien Tagen am davorliegenden Arbeitstag). Annahmeschluss ist drei Arbeitstage vor dem Erscheinungstag.

Aufträge für Bekanntmachungen sind an den Landkreis Leer, Büro des Landrats, Bergmannstraße 37, 26789 Leer oder an folgende E-Mail-Adresse zu senden:

amtsblatt@lkleer.de

Die Redaktion des Amtsblattes ist unter der Rufnummer 0491 926 1253 zu erreichen.

Das Amtsblatt ist im Internet abrufbar unter:
www.landkreis-leer.de/Amtsblatt

Anlage der Stadt Leer (Ostfriesland) zur Widmung eines Straßenabschnittes der „Ahornstraße“ gem. § 6 Abs. 1
Niedersächsisches Straßengesetz (NStrG) mit Wirkung vom 01.11.2024

